Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besorgt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 3295 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248

Postscheckkonto: Berlin 25432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenannahmestellen in Berlin und 40 Pf. für die sechsgespaltene Markzeile und von Mark 1,50 für die dreigespaltene Raumzeile entgegen. Anzeigenpreis für den Auslandsteil und an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 148. [56. Jahrgang.] Donnerstag den 31. Mai 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 148.

Berlin, den 30. Mai.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 30. Mai 1917, abends. (W. T. B.) Nichts Besonderes.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 30. Mai 1917. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die lebhaftere Gefechtstätigkeit hält namentlich in Ostgalizien an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Isonzo verlief der gestrige Tag verhältnismäßig ruhiger. Gegen Abend versuchten die Italiener neuerlich bei Bodice mit starken Kräften durchzubrechen. Der Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Ein gleiches Schicksal fanden heute früh bei Jamiano angesetzte italienische Vorstöße. In Kärnten und an der Tiroler Front nichts von Belang.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Berat wurden italienische Erkundungsversuche vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Kriegsschiffsverluste der Entente.

Berlin, 30. Mai. Von Kriegsbeginn bis zum **31. Mai 1917** sind an Kriegsfahrzeugen der Entente, ausschließlich Hilfskreuzer, insgesamt vernichtet worden: **352 Schiffe und Fahrzeuge von 800 765 To.** Wasserverdrängung. Unter diesen **252** Schiffen und Fahrzeugen befanden sich allein **155 englische von zusammen 631 700 To. Wasserverdrängung.** Diese setzten sich zusammen aus: **12 Linienschiffen, 17 Schlacht- und Panzerkreuzern, 18 geschützten Kreuzern, 67 Torpedobooten, 28 Unterseebooten und 13 sonstigen Kriegsfahrzeugen, wie zum Beispiel Unterseebootsjägern der „Arabis"-Klasse.** Außer den vorgenannten Kriegsschiffsverlusten hat die Entente bis zum **31.** Mai nicht weniger als **400 000 Br.-Reg.-To. an Hilfskreuzern, welche in ganz überwiegender Zahl der englischen Flagge angehörten, durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte eingebüßt.**

Untergegangene Schiffe.

Rotterdam, 30. Mai. „Maasbode" verzeichnet den Untergang folgender Schiffe: „Therese" (208 Br.-Reg.-To.) aus Norrköping, „Erik" (257 Br.-Reg.-To.) aus Sreuse, „Gran Norman" (297 Br.-Reg.-To.) aus Christiania, „Pauline Kjell" und „Nann Smith" (2003 Br.-Reg.-To.) aus Drammen.

Zum Jahrestage der Seeschlacht vor dem Skagerrak.

Berlin, 31. Mai. Anläßlich des Jahrestages der Seeschlacht vor dem Skagerrak mag daran erinnert werden, daß die Engländer in der, vor dem 31. Mai 1916, größten aller Seeschlachten, der von Trafalgar, nur insgesamt 449 Tote hatten, dabei bei Skagerrak dagegen 6104 englische Offiziere und Mannschaften ihr Leben einbüßten. Die Verluste der Spanier und Franzosen bei Trafalgar betrugen 1522 Tote, die der deutschen Hochseeflotte bei Skagerrak dagegen 2414.

Die große Bedeutung der Schlacht am Skagerrak.

Wie das englische Volk in Wirklichkeit über die Skagerrakschlacht denkt, erfährt man ganz nebenher aus einem im (verbandsfreundlichen) „Heraldo de Madrid" vom 5. Mai veröffentlichten Bericht des Londoner Berichterstatters Louis Bonafoux über die Umwandlung des Parks des Lords Holland in Kartoffelfelder. Die Engländer — so läßt Bonafoux einen englischen Freund sagen — graben und säen für viele Jahre — für viele Kriegsjahre. Wie vor kurzem schienen sie indifferent zu sein und hielten den Krieg für irgend einen Kolonialkrieg. Aber die Schlacht von Jütland war wie eine Erschütterung des britischen Stolzes und Interesses, und lange vor Carsons Erklärung war jeder Engländer davon überzeugt, daß England in dieser blutigen Partie um sein Leben spielt.

Die Wirkung der Seesperre auf den Schiffsmarkt.

Berlin, 30. Mai. Die englische Reederzeitschrift „Fairplay" vom 10. Mai weiß zu erzählen, daß „Dampfer, die außerhalb Englands gebaut worden, zu Preisen verkauft werden, die vor 3 bis 4 Monaten noch als unsinnig gegolten haben würden." Der Rekordpreis von 1000 ℳ pro Tonne sei schon wieder übertroffen worden, da letzthin für einen amerikanischen Dampfer von 10 000 t 1200 ℳ pro Tonne bezahlt worden seien. Das Blatt knüpft an diese Betrachtung die beachtenswerte Bemerkung, daß sowohl in Japan wie in den Vereinigten Staaten von Amerika die Schiffsbauer mit dem Verkaufe der Schiffe zurückhielten, da sie noch ein weiteres Steigen der Preise für die nächste Zeit erwarteten. „Ein Schiffseigentümer", so schreibt das Blatt, „hoffte 800 ℳ pro Tonne für sein im nächsten Februar abzuliefendes Schiff zu erhalten, aber im Hinblick auf die enorme Nachfrage, die seiner Ansicht nach auf Grund der Versenkungen zu erwarten ist, hat er sein Schiff vom Markt zurückgezogen und hofft 1200 ℳ pro Tonne zu erhalten. Man stelle sich einen Schiffseigentümer oder Schiffsbauer vor, der seinen Dampfer zurückhält, weil er hofft, in 6 bis 12 Monaten eine weitere Steigerung von 400 ℳ pro Tonne Ladefähigkeit zu erhalten!"

Aus diesen Ausführungen kann man ersehen, wie wenig die englischen und amerikanischen Fachkreise auf einen Ausgleich der Versenkungsverluste durch Neubauten rechnen. Denn wenn die großmäuligen Reden über die enorme Steigerung der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Schiffswerften und die gesteigerte Produktion der englischen Werften von den Fachleuten als glaubhaft angesehen würden, so müßten sie hieraus die Folgerung ziehen, daß eine weitere Steigerung der Schiffspreise nicht zu erwarten sei. Demgegenüber aber erwarten jene Kreise, wie man aus den Angaben des „Fairplay" deutlich ersieht, eine weitere enorme Steigerung der Knappheit an Schiffsraum und damit der Schiffspreise, weil sie sich über die Tragweite der Versenkungen durch deutsche U-Boote völlig klar sind. Die Preise, welche von England und anderen Ländern für Handelsschiffe bezahlt werden, bilden einen der sichersten Gradmesser, an denen man die Wirkung der Seesperre konstatieren kann, und daß diese Preise sich in den letzten 3 bis 4 Monaten in der angegebenen scharfen Steigerung nach oben bewegen, ist der beste Beweis für die durchschlagende Wirkung des U-Bootkrieges auf die Versorgung Englands mit Frachtraum.

Von der Westfront.

Berlin, 30. Mai. An der Arrasfront war das Störungsfeuer nur an einzelnen Abschnitten wie bei Anion und Roeux lebhafter. Mehrfach wurden englische Patrouillen abgewiesen. Ebenso scheiterte der Vorstoß einer starken englischen Abteilung, die nach kräftiger Artillerievorbereitung gegen die Kiesgrube nordwestlich Hulluch vorging, verlustreich im deutschen Abwehrfeuer und Handgranatenkampf.

An der Aisnefront nm. gegenseitiges Störungsfeuer durch Artillerie und Minenwerfer und Patrouillenkämpfe. — Ein französischer Angriffsversuch von mehreren Sturmwellen in Bataillonsbreite in der Gegend von Craonne am 29. Mai abends brach unter blutigen französischen Verlusten zusammen. Das feindliche Feuer steigerte sich gegen Abend in der Gegend des Winterberges.

Im Höhengelände der Champagne nahm ebenfalls gegen Abend die Artillerietätigkeit zu. Das feindliche Störungsfeuer schlug bis weit ins Hintergelände unserer Stellungen. Unsere Batterien antworteten kräftig und mit Erfolg.

An der Ostfront geisteigerte feindliche Flugtätigkeit. Als Vergeltung für feindliche Bombenabwürfe wurde ein Munitionslager bei Podhaice mit Bomben belegt. Lebhafteres feindliches, von uns beantwortetes Artilleriestörungsfeuer am Smotrek und Mestecanestiabschnitt. Nachts wurde südlich der Bistrit ge 40 Mann starke vorgehende feindliche Patrouille durch eigene Patrouillen vertrieben und nördlich der Baleputingstraße ein feindlicher Handgranatenangriff gegen eine Feldwache abgewiesen.

Französische Briefe von der Front.

Berlin, 30. Mai. Ein von den Deutschen an der Aisnefront erbeuteter französischer Brief vom 10. Mai lautet:

„Wir müssen hier ganz Uebermenschliches leisten! Wenn nur die Leute, die in Paris den Krieg machen, hier im Graben sein müßten, oder wenigstens erführen, welchen ungeheueren Leiden der immer wilder werdende Krieg uns aussetzt, so wäre bald Frieden! Der Krieg ist heute so sinnlos, niemals haben wir so gelitten, wie jetzt. Warum läßt sich das Volk dabeim so dumm machen, daß wir hier draußen mit den Engländern einem Wahnsinn ohne Grenzen weiter nachjagen müssen? Vielleicht war es der größte Fehler, daß man sich immer wieder Mut einredete und dadurch in das schlimmste und furchtbarste Unglück geriet, das Europa je betraf. Und dabei wagen sie immer noch weitere kriegsbegeisterte Reden zu halten, diese Bande von regierenden Räubern, die an allen Verbrechen und Leiden schuld sind. Das einzige, was Ihr tun könnt, ist, Gott zu bitten, daß er diesem Elend ein Ende macht. Unser armes Land wurde gut daran tun, sich endlich auf sich selbst zu besinnen, um Frankreich zu bleiben und nicht englisch, amerikanisch oder russisch zu werden."

Berlin, 30. Mai. Weitere Feststellungen bestätigen die ungeheueren Verluste der Franzosen bei ihrer Offensive. So schreibt ein Mann des 82. Infanterieregiments am 22. April:

„Unsere Verluste sind ganz enorm. Mein Regiment hat noch nicht einmal gut meslten gelitten, und doch ist von meiner Kompagnie nur die Hälfte zurückgekommen. Vor allem sind viele Offiziere gefallen." Auch Barbes heißt es am 28. April, daß nicht weniger als 57 Züge mit Verwundeten dort angekommen seien. Ein Mann des 35. Infanterieregiments schreibt am 21. April: „Die Verluste in den Kämpfen südlich Cerny waren ganz ungeheuer groß, wir sind ungefähr mit einem Fünftel unserer Stärke aus dem Blutbade herausgekommen."

Die Türkei im Kriege.

Versenkung russischer Minenleger.

Konstantinopel, 30. Mai. (Agentur Milli.) In der Nacht zum 26. und 27. Mai sind zwei russische Minenleger vor dem Eingang zum Bosporus versenkt worden. Die Leichen eines Offiziers und dreier Soldaten, die wir bergen konnten, sind im Park der russischen Botschaft in Pinsudere mit militärischen Ehren begraben worden.

Freies Geleit für norwegische Schiffe.

Christiania, 29. Mai. „Aftenposten" und „Sjöfartstidende" teilen mit, die deutsche Regierung wolle den norwegischen Schiffen, die am 1. Juli England nach Norwegen verlassen können, freies Geleit anbieten. „Aftenposten" fügt hinzu, das Angebot sei im wesentlichen übereinstimmend mit dem Angebot von Ende April, das die Schiffe wegen der Kürze der Frist nicht hätten benutzen können, und sei ohne Bedingungen gemacht worden.

Die Entente und Griechenland.

Bern, 30. Mai. Ein Saloniker Mitarbeiter des „Secolo" meldet: Zaimis habe sofort nach seinem Amtsantritt die in Athen weilenden Ententeminister aufgesucht, um die Absicht zu bekunden, zwischen König Konstantin und Venizelos einen Ausgleich herzustellen. Die venizelistischen Soldaten sowie die Anhänger Venizelos erklären, daß sie beim Gelingen dieses Planes ihren Führer verlassen würden. Die in Saloniki erscheinenden Zeitungen verlangen gegenwärtig die Besetzung Thessaliens, der Kornkammer Griechenlands.

Brasilien und Deutschland.

Rio de Janeiro, 29. Mai. (Agence Havas.) Der Bericht des diplomatischen Ausschusses der Kammer über die Botschaft des Präsidenten betreffend die Torpedierung des Dampfers „Tijuca" weist auf die Gefahr hin, die die nationale Handelsmarine und der auswärtige Handel Brasiliens laufen, ebenso auf die Notwendigkeit von Verteidigungsmaßnahmen gegen eine Angriffshandlung Deutschlands. Der Ausschußbericht schließt mit der Einbringung des nachstehenden Gesetzentwurfes: Der Kongreß bevollmächtigt die Ausführende Macht

1) die in den brasilianischen Häfen vor Anker liegenden deutschen Handelsschiffe zu benutzen,

2) von sich aus Maßnahmen zu treffen, um die ausländische brasilianische Schiffahrt zu verteidigen,

3) sich mit den alliierten Staaten über Maßnahmen zu verständigen, die die Freiheit des Ein- und Ausfuhrhandels sichern sollen, und zu diesem Zweck die Neutralitätserklärung zu widerrufen, sobald es ihr dienlich erscheint.

Rio de Janeiro, 30. Mai. (Reuter.) Die Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Neutralität im deutsch-amerikanischen Kriege aufgehoben, die Verwendung der deutschen Schiffe, die in brasilianischen Häfen liegen, gestattet, und die Regierung ermächtigt wird, Maßnahmen zur Verteidigung der Schiffahrt und zur Widerrufung der Beschlüsse betreffend die Neutralität im Kriege zwischen der Entente und den Mittelmächten zu treffen.

Die Lage in Rußland.

Kopenhagen, 30. Mai. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: „In Finnland kamen in der letzten Zeit bedeutende russische Truppenmassen an. Die Garnison Wasa ist durch 2000 Mann verstärkt worden, die Garnison Kem durch 3000 Mann. Die Truppensendungen werden mit den finnischen Freiheitsbestrebungen in Verbindung gebracht. Es verlautet, Kerenski habe bei seinem Besuch in Finnland von geheimen Zusammenkünften in Helsingfors zwischen finnischen, ukrainischen und litauischen Vertretern erfahren, die die Unabhängigkeitserklärung erörtert hätten. Auch nach Litauen und nach der Ukraine soll die Entsendung russischer Truppen bevorstehen.

Stockholm, 30. Mai. „Socialdemokraten" erfährt aus Petersburg, daß der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Stockholm für einen gemeinsamen Plan für die Zusammenkunft hält, die der Arbeiter- und Soldatenrat einberufen will. Gleichzeitig werden Vorschläge über den geeigneten Zeitpunkt zur Einberufung gemacht.

Wien, 29. Mai. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat folgende Kundgebung veröffentlicht:

„Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten entbietet dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat als Pionier des Weltfriedens und der europäischen Demokratie seine Grüße und erklärt seine völlige Uebereinstimmung mit ihm in diesem bewußten Ziele. Der Klub ist überzeugt, auch auf dem Boden des Parlaments mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu wirken."

Die Arbeiterunruhen in England.

Bern, 30. Mai. Die Frage der englischen Arbeiterunruhen wurde im Unterhause am 25. Mai erneut erörtert. Asquith führte aus, die Unruhen gäben Anlaß zu ernsten Besorgnissen, nicht nur, weil sie die Herstellung des dringend notwendigen Kriegsmaterials verzögerten, sondern auch weil sie beständig weiterwachsende Schwierigkeiten in den Beziehungen der Arbeiterschaft sowohl zu den Arbeitgebern als zum Staat und innerhalb der Arbeiterorganisationen selbst bedeuteten.

Es sei daher von höchster Wichtigkeit, daß man einen Einblick in die Natur der treibenden Kräfte erhalte. Er vermöge am politischen Horizont nichts zu entdecken, was ernster wäre als die Unzufriedenheit der Arbeiter.

Lloyd George gab zu, daß die Frage der Unzufriedenheit der Arbeiter der Regierung große Sorge bereite. Die Regierung habe daher beschlossen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die die Gründe der Unzufriedenheit, insbesondere hinsichtlich etwaiger Mängel in der Kriegsgesetzgebung, namentlich unter den Maschinisten und Werftarbeitern, ermitteln und Reformvorschläge machen solle. Das Land werde zu diesem Zweck in sieben Bezirke eingeteilt werden; in jedem dieser Bezirke würden die Ermittlungen gleichzeitig durch Unterausschüsse stattfinden, bestehend aus je einem Vertreter der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber mit einem unparteiischen Vorsitzenden.

Die Erörterung der Versorgungsfrage in der französischen Kammer.

Paris, 29. Mai. (Agence Havas.) Die Kammer nahm die Erörterung der Versorgungsfrage wieder auf. Der Minister Violette erklärte zur Frage der Kohlenversorgung:

„Der Staat allein muß die Kohle verteilen, da Beschränkungen auferlegt werden müssen. Es sind drei Verbrauchsklassen zu berücksichtigen, erstens Handelsmarine und Industrien. Diese werden von den Präfekturen versorgt werden. Zweitens Kriegswerkstätten, deren Versorgung das Unterstaatssekretariat für Munition übernehmen wird. Drittens die Armee, deren Versorgung durch die Intendantur erfolgt. Die Verteilung von 3 350 000 t monatlich wird demnächst in den verschiedenen Mittelpunkten erfolgen."

Zur Frage der Seetransporte führte Minister Violette aus:

„England hat einen größeren Transport zugesichert, man muß mit ihm die politische Zusammenarbeit aufgestalten und unsere Gesetzgebung in Einklang mit derjenigen Englands bringen behufs Ausschaltung der Spekulation und bezüglich der Miete und des Umfangs von Schiffen."

Violette kündigte einen Gesetzentwurf hinsichtlich der Unterdrückung der Spekulation in Lebensmitteln noch für diese Woche an. Er habe bereits scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung der Spekulation in Getreide, Kaffee, Oel und Käse getroffen und sei auch mit Persönlichkeiten des Pariser Handels in Verbindung getreten, um den Handel zu organisieren und die Genossenschaften zur Mitarbeit aufzufordern. Auch sollten städtische Verkaufshallen errichtet werden.

Der Minister schloß:

„Ich habe vor dem Lande die Wahrheit darlegen wollen. Man muß der Lage mit Mut ins Auge sehen und besonders mit dem Willen, zu siegen." — Die Erörterung des Unterseebootskrieges, die vorher bereits auf Mittwoch verschoben war, wurde neuerdings auf Donnerstag verschoben.

Cecil und Asquith über Englands Kriegsziele.

Im englischen Unterhause wurde am 16. Mai über einen Antrag des bekannten Arbeiterführers Snowden verhandelt, in dem verlangt war, „daß das Unterhaus die Erklärung der neuen demokratischen Regierung Rußlands begrüße, in der alle Pläne imperialistischer Eroberung und Vergrößerung abgelehnt werden, und daß das Unterhaus Seiner Majestät Regierung ersucht, ihrerseits eine ähnliche Erklärung im Namen der britischen Demokratie abzugeben und sich den Verbündeten anzuschließen, indem sie neue Kriegsziele der Entente in Uebereinstimmung mit der russischen Erklärung ausstelle."

Die britische Regierung war in einer äußerst peinlichen Lage. Wenn sie die klar gestellte Frage klar beantwortete, mußte sie entweder ihre eigene Politik verleugnen oder die der Vorkämpfen russischen Regierung zu hindender Tiefe ablehnen. Letzteres aber würde, wie Lord Robert Cecil künstlich zugab, in Rußland „falls es dort bekannt würde, einige Schwierigkeiten verursachen". Bekannte sich die britische Regierung offen zu ihren imperialistischen Kriegszielen, so wurden überdies ihre großen Worte vom Kampfe der Demokratie und der Gerechtigkeit gegen die Eroberungssucht und die Autokratie des preußischen Militarismus als unhaltbar erwiesen. Die britische Regierung entschloß sich deshalb, einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen. Zwar lehnte das Unterhaus auf ihren Wunsch den Antrag ab. Aber sowohl die Regierung durch den Mund Lord Robert Cecils wie der übrige Teil des Hauses in einer Rede Asquiths begründeten diese Ablehnung damit, daß der Sinn des Antrages unklar sei und zu Mißdeutungen Anlaß geben könne. Um dies aber nachzuweisen, bemühten sich Regierung wie der größte Teil des Hauses, den an sich wirklich klaren Sinn des Antrages nach Möglichkeit zu verwirren.

Lord Robert Cecil tat dies, indem er die ganze Erörterung in das Gefühlsmäßige hinüberspielte. Er bekannte nicht klar Farbe, sondern er fragte das Haus, ob es etwa wünsche, daß die Araber wieder der türkischen Mißherrschaft ausgeliefert werden sollten. Er sprach vom Euphrat, von Syrien, Palästina und vom Libanon und deutete damit die Annexionspläne der Westmächte in der Türkei an, für die die russischen Sozialen weiter wie Kuchen opfern sollen. Er fragte ferner mit tränenreicher Stimme, ob die deutschen Kolonien noch dem Kriege mit Gewalt der deutschen Barbarei unterlan genmacht werden dürften, und er verlas sofort eifernd eine ganze Reihe von Dokumenten, aus denen diese Barbarei der deutschen Kolonialverwaltung unwiderleglich hervorgehen sollte. Dann aber verließ er den sicheren Boden der Kriegskarte und fragte das Haus mit tiefer Entrüstung, ob etwa Elsaß-Lothringen weiter in der Knechtschaft schmachten dürfe und ob nicht ein freies, geeintes Polen hergestellt werden müsse?

Der Wortführer des anderen Teiles des Hauses, Asquith, fuhr in seiner zustimmenden Rede schwereres Geschütz auf. Er trug eine dokrinäre Kasuistik der erlaubten und der nicht erlaubten Annexionen vor, um dadurch zu beweisen, daß die einfache Frage Snowdens keine einfache Antwort erhalten könne. Nach Asquith gibt es nämlich vier Arten von Annexionen. Man kann Land annektieren, um es zu „befreien". Man kann es annektieren, um bisher getrennte Völker zu vereinen, selbst wenn die bisher abgesprengten Volksteile unter seiner Mißregierung zu leiden hatten. Man kann drittens Land annektieren, um zu Zwecken des Schutzes und der Selbstverteidigung strategische Punkte in die Hand zu bekommen. All dies ist sittlich zulässig und fällt nicht unter den von Snowden und der russischen Regierung gemeinten Begriff der Annexion. Es ist auch früherer Brauch und jetziger Wunsch der englischen Regierung, sich auf diese stets zulässigen und oft verdienstlichen Formen der Annexionen zu beschränken. Aber man darf nach Asquiths Darlegung nicht die vierte Art von Annexion vornehmen, die lediglich den Zwecken der politischen Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung dient. Diese Annexionsart ist es, gegen die sich die Provisorische Regierung Rußlands und der Abgeordnete Snowden in Wirklichkeit wenden, ohne daß sie in der Unklarheit ihres Gemütes sich der wahren Bedeutung ihrer Worte bewußt wären. Diese Art von Annexionen aber ist auch niemals Brauch der britischen Regierung gewesen und sie ist ihr in dem gegenwärtigen Kriege ebenso fremd, wie sie es in der ganzen Geschichte gewesen ist. Dagegen hat sich die ganze deutsche Politik von jeher auf diese Art von Annexionen gerichtet. Für sie kämpft Deutschland auch im jetzigen Kriege. Und deshalb — so konnte Asquith mit sittlicher Befriedigung schließen — kämpft England den gerechten Kampf gegen das böse Prinzip in der Welt, gegen Deutschland.

Die Darlegungen Asquiths über Berechtigung und Unzulässigkeit sind, soweit sie sich nicht vom rein theoretischen Gebiet entfernen, im großen und ganzen so selbstverständlich und so einleuchtend, daß sie schon aus diesem Grunde verdächtig sind. Sie sind nämlich so selbstverständlich, daß kein einziges Land der Welt in modernen Zeiten die in seinen liegende politische Moral abgelehnt und eingestandenermaßen eine Annexion der vierten, von Asquith gebrandmarkten Kategorie, „zu Zwecken der politischen Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung" zu unternehmen gewagt hätte. Alle Länder haben bei den von ihnen vorgenommenen Annexionen einen der Gesichtspunkte angeführt, die Asquith bei den ersten drei Formen der Annexion als rechtlich und sittlich zulässig zugestanden hatte. Das hat vor allem England getan, als es das Land der Buren mit Waffengewalt unter seine Botmäßigkeit zwang und als es inmitten des Weltkrieges, trotzdem es wiederholten Versprechungen zum Trotz, Aegypten sich aneignete. Vielleicht kann man während der letzten drei Jahrhunderte nur einen Ausnahmefall in dieser Hinsicht feststellen. Elsaß-Lothringen wurde dem damaligen Deutschen Reiche von den Franzosen im 17. Jahrhundert geraubt, nicht weil es dieses Land zu befreien galt oder weil seine Deutsch sprechenden Einwohner mit den Franzosen vereinigt werden mußten, oder aber weil Frankreich zum Zwecke der Verteidigung gegen das damals schwache und zerrissene Deutschland diese „strategische Position" brauchte, sondern lediglich weil Frankreich Gut und Eigentum seines Nachbarn begelrte und weil es wußte, daß dieser Nachbar sich nicht verteidigen konnte.

Wohl ist es zulässig und wohl auch verdienstlich, ein unterjochtes Land zu befreien. Aber vorher muß nachgewiesen werden, daß dieses Land wirklich unterjocht ist und daß der „Befreier" es wirklich befreien will. Lord Robert Cecil hat in der hier besprochenen Sitzung des Unterhauses von der angeblichen Grausamkeit der deutschen Kolonialbehörden gesprochen. Obwohl seine Behauptungen unwahr sind, mag seine Gutgläubigkeit außer Zweifel gelassen werden. Aber warum sprach er nicht auch von den sittlichen Eigenschaften, die die belgische Kolonialverwaltung im Kongo auszeichnen? Er hat von der Knechtschaft in Elsaß-Lothringen gesprochen. Auch hier mag, obwohl das schwer fällt, seine Gutgläubigkeit nicht in Frage gezogen werden. Aber warum fand er auf einen